

# *Der Stadtrat wirft das Werkheim raus – was läuft hier schief?*

«**Werkheim Uster muss alternative Räumlichkeiten suchen**»,  
Ausgabe vom 30. Juli

Das schlägt dem Fass den Boden aus. Was ist bloss los mit Usters Stadtrat? Dass der Stadtrat an der Apothekerstrasse 18 vier neue Kleinwohnungen bauen will im mittleren Segment. Blödsinnige Idee.

Was ist mit dem Vorschlag vom Werkheim und der Alterswohnungsgenossenschaft Rehbühl (heute Sonnenbühl), dort den Dreilindenpark zu bauen? Das gäbe Wohnraum für 100 ältere Menschen, Arbeitsplätze für ruhiges Gewerbe – aber nein, die Pläne wurden, so scheint es mir, wieder beim Stadtrat ad acta gelegt. Ver-

schwunden in einer dunklen Schublade.

So geht das nicht, meine Damen und Herren. Usters Einwohner haben das Recht, zu erfahren, was hier nun wieder schiefgelaufen ist. Auf alle Fälle werde ich Herrn Hans Conrad Daeniker meine volle Unterstützung geben, damit der Stadtrat sein Projekt nicht

durchführen kann. Dazu kommt noch, dass die Stiftung Werkheim, einmal mehr, vor Tatsachen gestellt wird und erst vor zwei Wochen erfahren hat, dass sie aus ihrem Gewächshaus rausgeschmissen wird.

Ein absolutes No-Go des Stadtrats von Uster.

**Henny Burkhart, Uster**

AvU 2022-08-03

---

# *Das Geld ist wichtiger als die Menschen*

«**Ringeln um Bauareal im Ustermer Stadtzentrum**»,  
Ausgabe vom 27. Juli

Mir wird übel, wenn ich lese, dass der Stadtrat von Uster beschlossen hat, an der Apothekerstrasse Wohnungen zu «marktüblichen» Preisen

zu bauen. «Marktübliche Preise», machen wir uns nichts vor, bedeuten nichts Konkretes und können beliebig in die Höhe schiessen.

Dass diese Variante dem Vorschlag des «Dreilindenparks» vorgezogen wird, zeigt, dass dem Stadtrat das Geld

wichtiger ist als die Menschen dieser Stadt.

Nicht nur, dass ältere Menschen keine bezahlbaren Wohnungen inklusive der Hilfe des – noch – nahen Werkheims mehr bekämen, nein, diesem werden nun auch noch die Gärtnerei mit Ge-

wächshaus, der Laden, die Werkstatt und das Lager weggenommen.

Tja, leider ein weiteres Beispiel, dass Geld vor Menschlichkeit regiert. Ich finde, der Stadtrat sollte sich schämen.

**Kathrin Molinari, Esslingen**

AvU 2022-08-04

---

## *Nur leere Versprechungen?*

«**Ring**en um Bauareal im Ustermer Stadtzentrum», Ausgabe vom 27. Juli, und «**Werkheim Uster muss neue Räumlichkeiten suchen**», Ausgabe vom 30. Juli

Wie die Faust aufs Auge kommen die Artikel vom 27. und

30. Juli über die Zukunft der Liegenschaft an der Apothekerstrasse 18 in Uster daher. Ein rot-grüner Stadtrat setzt prioritär auf marktübliche Mietzinse.

Sind es Lippenbekenntnisse, mehr gemeinnützigen Wohnraum zu schaffen? Wo bleibt die Umsetzung der Verspre-

chungen zur Inklusion und Integration? Ist dies die Vorgehensweise für das erste strategische Handlungsfeld «Stadt für alle – in Uster gehört jede und jeder dazu»?

Warum werden das Werkheim Uster, das Inklusion und Integration aktiv betreibt, und

die Interessierten, welche sich Gedanken zur Umnutzung gemacht haben, nicht einbezogen? Ist dies die stadträtliche Umsetzung der «partizipativen Beteiligung» der Ustermer Bevölkerung?

**Peter Mathis-Jäggi,**  
alt SP-Gemeinderat, Uster

# *Der Stadtrat als Arbeitsplatzvernichter*

«**Werkheim Uster muss neue Räumlichkeiten suchen**»,

Ausgabe vom 30. Juli

Der Stadtrat Uster möchte an der Apothekerstrasse Wohnraum zu Marktpreisen realisieren. Das in einem Objekt, das jahrelang dem Werkheim vermietet wurde. Das Werkheim hat dort auch viel investiert und das Areal unterhalten. Es ist eine Oase in diesem Stadt-

teil. Das in einer Stadt, welche sich Inklusionsstadt nennt.

## **Exklusion statt Inklusion**

Das Werkheim beschäftigt in der Gärtnerei, der Garteneinsatzgruppe und der Forstwirtschaftsgruppe insgesamt 60 Personen (Betreuer und Betreute). Der Stadtrat wird so zum grossen Arbeitsplatzvernichter. Ein Stadtrat, in dem die Präsidentin gleichzeitig auch

im Stiftungsrat des Werkheims Einsitz hat. Was läuft hier falsch?

Inklusion bedeutet, dass Menschen mit Behinderung ihr Leben nicht mehr an vorhandene Strukturen anpassen müssen. Vielmehr ist die Gesellschaft aufgerufen, Strukturen zu schaffen, die es jedem Menschen – auch den Menschen mit Behinderung – ermöglichen, von Anfang an ein

wertvoller Teil der Gesellschaft zu sein. Das Gegenteil ist Exklusion, so, wie es der Stadtrat möchte.

Was meinen übrigens die Behindertenorganisationen sowie das Behindertengleichstellungsgesetz dazu? Oder benötigt es die Anrufung des Mietgerichts?

**Edi Köhl, ehemaliges Mitglied des Werkheim-Stiftungsrats, Uster**